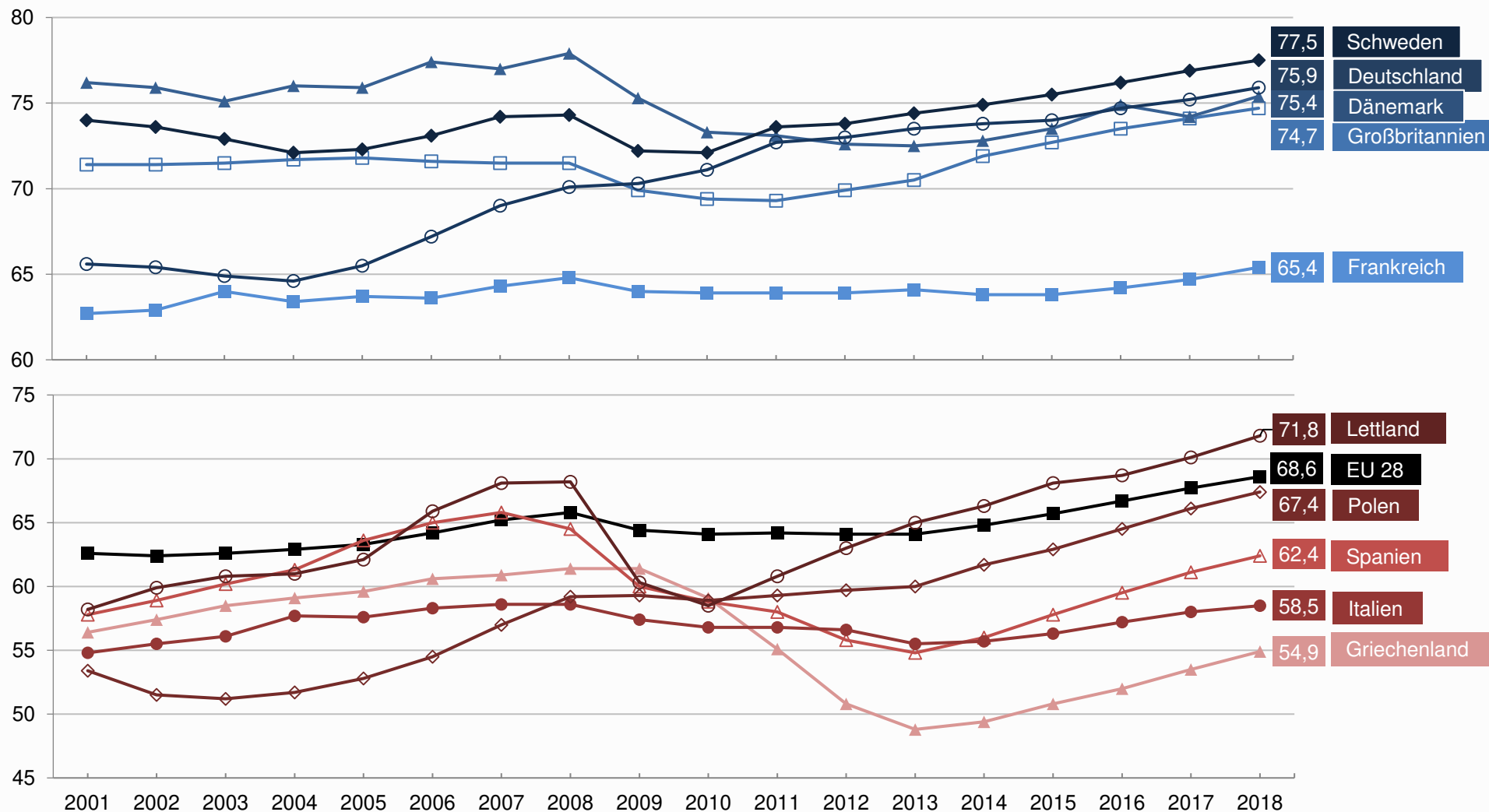


■ Erwerbstätigenquoten in ausgewählten EU-Ländern 2001 - 2018 in % der 15-64jährigen



Quelle: Eurostat (2019): Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU-AKE/LFS)



Erwerbstätigenquoten der 15-64jährigen in ausgewählten EU-Ländern 2000 - 2018

In der Abbildung werden die Erwerbstätigenquoten ausgewählter EU-Länder miteinander verglichen. Ersichtlich wird, dass Schweden, Deutschland, Dänemark, Großbritannien und Lettland im Jahr 2018 mit jeweils über 70 % die höchsten Werte ausweisen. Dagegen liegen die niedrigsten Erwerbstätigenquoten mit unter 60 % in Italien und Griechenland vor. Es lassen sich also deutliche Unterschiede zwischen Nord- und Westeuropa auf der einen Seite und Südeuropa feststellen.

Zwischen den Jahren 2000 und 2018 verzeichneten Lettland (+ 25,1 %), Polen (+ 22,3 %) und Deutschland (+ 16,2 %) die größten Zuwächse bei der Erwerbstätigenquote. Demgegenüber sind Griechenland (- 3,0 %) sowie Dänemark (- 1,3 %) die einzigen beiden ausgewählten Länder, in denen die Erwerbstätigenquote 2018 niedriger als im Jahr 2000 ist.

Vergleicht man die Entwicklung der Erwerbstätigenquoten vor und nach der Wirtschafts- und Finanzkrise, zeigt sich in den meisten Ländern bis zum Jahr 2008 eine steigende Erwerbsbeteiligung. Die größten Zuwächse hatten bis dahin Polen (+ 15,6 %), Lettland (+ 11 %), Deutschland (+ 7,8 %) und Spanien (+ 7,5 %) zu verzeichnen. Mit dem Einsetzen der Wirtschafts- und Finanzkrise sank die Erwerbstätigenquote ab 2008 in fast allen Ländern, mit Ausnahme von Deutschland und Polen. Besonders deutlich ging zwischen den Jahren 2008 und 2009 die Erwerbstätigkeit in Lettland (- 10,8 %) und Spanien (- 7 %) zurück.

Zusätzlich lässt sich ein deutlicher Unterschied in der Entwicklung zwischen 2008 und 2018 bei den ausgewählten EU-Ländern erkennen. In Deutschland, Großbritannien, Schweden, Frankreich und Lettland stieg die Erwerbstätigenquote bis 2018 wieder auf das Vorkrisenniveau. Dagegen durchlaufen vor allem die südeuropäischen Länder eine Negativentwicklung, obwohl die Erwerbstätigenquoten insbesondere in Griechenland, Spanien und in Italien seit 2013 wieder kontinuierlich angestiegen sind. Trotzdem zeigt sich in diesen drei Ländern, die am stärksten von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen waren, dass die bisherige Austeritätspolitik der Europäischen Union bislang nicht zu einer Erholung der Wirtschaft (vgl. [Abbildung X.1](#)) und des Arbeitsmarktes geführt hat, sondern die sozialen Probleme und die Armutsrisiken in diesen Ländern weiter verschärft wurden (vgl. [Abbildung X.10](#)).

Beachtenswert ist, dass sich die Entwicklung der absoluten Zahlen der Erwerbstätigen von der Entwicklung der Erwerbstätigenquoten unterscheiden können. So haben sich bspw. in Großbritannien und Italien die Erwerbstätigenquoten in den vergangenen 10 Jahren verringert, obwohl im gleichen Zeitraum die Zahl der Erwerbstätigen angestiegen ist. Dieser Widerspruch löst sich auf, wenn man berücksichtigt, dass die Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter noch stärker angestiegen ist. Dementsprechend lässt eine Veränderung der Erwerbstätigenquote nicht automatisch einen Rückschluss auf die Zahl der Erwerbstätigen zu (vgl. [Tabelle X.9](#)).

Die Gründe für die unterschiedlichen Entwicklungen sind vielfältig und hängen u.a. eng mit Veränderungen der Arbeitslosigkeit, demografischen Verschiebungen oder verlängerten Ausbildungsphasen zusammen. Der Rückgang der Erwerbstätigenquoten insbesondere in den südeuropäischen Staaten ist jedoch in erster Linie Folge der extrem hohen Arbeitslosigkeit als Ergebnis der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Hintergrund

Beschäftigungspolitische Fragen stehen in der EU seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend im Fokus. Im Rahmen der „Lissabon-Strategie“ (nach dem Lissabonner Gipfel im Frühjahr 2000) wurde die Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS) vereinbart, um die Ziele Vollbeschäftigung und bessere Arbeitsplätze zu erreichen. Dabei wurde festgelegt, dass bis zum Jahr 2010 eine Gesamterwerbstätigenquote von 70%, eine Frauenerwerbstätigenquote von 60% sowie eine Erwerbstätigenquote der älteren Menschen (55 bis 65 Jahre) von 50% erreicht werden sollte. Die EBS setzte zur Erreichung ihrer Ziele insbesondere auf Lernprozesse der Mitgliedsstaaten untereinander, gleichzeitig diente die Finanzierung beschäftigungspolitischer Projekte durch die europäische Regional- und Strukturpolitik als flankierende Maßnahme. Spätestens mit dem Einsetzen der Wirtschafts- und Finanzkrise war absehbar, dass die Ziele der EBS nicht erreicht werden können. Deshalb integrierte die Europäische Kommission im Jahr 2010 die EBS in die neu verabschiedete „Strategie Europa 2020“, die im Wesentlichen ein höheres Wirtschaftswachstum als Zielsetzung hat, und setzte sich etwas allgemeinere Kernziele als noch bei der Lissabon-Strategie:

- Bis 2020 sollen 75 % der 20-64jährigen eine Beschäftigung haben
- Generelle Erhöhung der Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern
- Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit und Förderung der Arbeitsplatzqualität
- Steigerung der Qualität und Leistungsfähigkeit der allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme auf allen Ebenen und Verbesserung des Zugangs zur Hochschulbildung oder zu einer gleichwertigen Bildung
- die Schulabbrecherquote soll auf unter 10 % sinken
- 40 % der 30-34-Jährigen sollen einen Hochschulabschluss vorweisen können
- 20 Mio. Menschen sollen weniger durch Armut und soziale Ausgrenzung bedroht sein.

Angesichts der sehr allgemein gehaltenen Ziele und auf die gesamte EU bezogenen Ziele sowie der unterschiedlichen nationalen Ausgangsvoraussetzungen und Herausforderungen, erscheint es fragwürdig, ob die erhoffte Wirkung in den einzelnen Ländern tatsächlich eintritt. Kritisch anzumerken ist zudem, dass die Ziele der EBS auch durch eine Ausweitung nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden können. Dies ist jedoch zum Einen in volkswirtschaftlicher Hinsicht wenig wünschenswert, zum Zweiten entspräche es auch nicht den Erwerbswünschen des Großteils der Frauen.

Methodische Hinweise

Die Daten zu der Erwerbstätigkeit beruhen auf den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU-AKE; Labour Force Survey - LFS) des statistischen Amtes der Europäischen Kommission (Eurostat).

Die Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit kann als Zahl der erwerbstätigen Personen oder der Arbeitsplätze in Vollzeitäquivalenten oder in geleisteten Arbeitsstunden gemessen werden. Um Vergleiche zwischen unterschiedlich großen Ländern zu ermöglichen und die Auswirkungen der Veränderung der Bevölkerungsgröße der Länder im zeitlichen Verlauf auszuschließen, werden in Erwerbstätigenstatistiken Erwerbstätigenquoten berechnet. Die Zahl der Erwerbstätigen wird ins Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung gesetzt. Dabei wird in der Regel auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter Bezug genommen (zwischen 15 und 64 Jahre). Einzige Ausnahme bildet Großbritannien, für das die Altersspanne 16 bis 64 Jahre beträgt.

Als zentrales Maß zur Erwerbsbeteiligung, das internationale und zeitliche Vergleiche zulässt, hat die Erwerbstätigenquote jedoch auch ihre Schwächen: Sie erfasst alle Erwerbstätigen und alle Formen der Erwerbstätigkeit. Aus ihr lässt sich z.B. der Anteil der Selbstständigen, der Teilzeitbeschäftigten, befristet Beschäftigten und vor allem der Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen nicht ablesen.

Die Daten der Europäischen Kommission weichen von den nationalen Beschäftigungsdaten (etwa dem Mikrozensus) ab, weshalb kein direkter Vergleich zwischen den verschiedenen Datensätzen erfolgen kann.